

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

63 (15.3.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 63.

Karlsruhe, Mittwoch den 15. März 1905.

25. Jahrgang.

Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion vom Jahre 1904.

1904.

Karlsruhe, 15. März.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, in den ersten Märztagen erschienen. Wie Eingangs des Berichts hervorgehoben wird, war das abgelaufene Berichtsjahr das erste im zweiten Vierteljahrhundert des Bestehens der Fabrikinspektion. Das dieses Jubiläum in Zeitalter der Jubiläumstagen lang- und langlos vorübergehen konnte, kennzeichnet so recht unsere derzeitige Situation. Auch der Bericht der Fabrikinspektion begnügt sich mit dem bloßen Hinweis auf dieses Jubiläum. Im übrigen aber, das wollen wir gleich vorweg bemerken, ist der Bericht im allgemeinen zufriedenstellender ausgefallen, als wir nach mancherlei Erlebnissen in den letzten drei Jahren gehofft haben. Wir haben keine Ursache, unsere Freude darüber zu verhehlen. Das unsere Fabrikinspektion im allgemeinen den an sie zu stellenden Anforderungen noch lange nicht gewachsen sind, kann wohl nicht bestritten werden. Umso mehr darf es mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß die badische Fabrikinspektion auch im verflochtenen Berichtsjahre wieder eine Verstärkung ihres Personals erfahren hat, was allerdings infolge der Ausdehnung unserer Industrie, der wachsenden Zunahme der Arbeiter und der Erweiterung der Aufgaben, welche der Fabrikinspektion gestellt sind, eine Notwendigkeit geworden war. Es sind neu eingetretene zwei Maschineningenieure, sowie ein technischer Assistent. Ausgeschieden ist der bisherige Zentralinspektor Dr. Fuchs. Wir haben gelegentlich der Ginnabbernahme des Herrn Dr. Fuchs aus der Fabrikinspektion unser lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen und können das heute nur wiederholen. Es ist uns heute noch unverfänglich, wie man einen mit so großem Erfolg in dieser Institution tätig gewesenen Beamten aus diesem Posten wegnehmen konnte. Wir finden dafür nur eine Erklärung: Dr. Fuchs verlor in sich das System Wrischoffer, mit dem er gebracht worden sollte. Und es ist damit gebrochen worden, darüber kann man uns niemand hinwegtäuschen. Doch wir wollen hier darüber hinweggehen, zumal ja an der Tatsache selbst nichts mehr zu ändern ist.

Daß die Fabrikinspektion trotz der neuerdings erfolgten Vermehrung der Beamten immer noch über zu wenig Personal verfügt, um ihren Aufgaben vollumfänglich gerecht werden zu können, hebt der Bericht ausdrücklich hervor. Es dürfte nicht unangebracht sein, bei dieser Gelegenheit auf die alte Forderung der Arbeiter hinzuweisen, aus den Kreisen der organisierten Arbeiter Hilfskräfte für die Fabrikinspektion heranzuziehen. Wir möchten der Hoffnung berechtigt sein, daß der Arbeiter und so mehr Ausdrück geben, als der neueste Bericht des Herrn Dr. Wittmann durch jene Äußerung vor den Arbeitern und ihren Organisationen sich auszeichnet, die den Bericht seines Vorgängers so große Bedeutung und Beachtung gegeben haben. Gewiß steht der neueste Bericht Dr. Wittmanns noch nicht auf der Höhe der Würdigung der Berichte; aber ein merklicher Fortschritt gegen die beiden vorhergegangenen Berichte ist deutlich erkennbar. Das freut uns aufrichtig.

Die Revisionsfähigkeit der Beamten war eine

den früheren Jahren entsprechende. Die Zahl der Revisionen hat sich zwar etwas gesteigert (3374 gegen 3056 im Vorjahre). Im Verhältnis zur Zahl der der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe (9254 gegen 8339 im Vorjahre) ist die Zahl der vorgenommenen Revisionen immer noch eine viel zu geringe. An eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur zu denken, wenn die Zahl der Beamten der Fabrikinspektion eine entsprechende Vermehrung erfährt.

Der Verkehr mit den Arbeitern läßt leider immer noch viel zu wünschen übrig und wenn man aus der Zahl der Beschwerden der Arbeiter, soweit sie bei der Fabrikinspektion vorgebracht werden, auf die Zustände in den Fabriken Schlüsse ziehen dürfte, so müßten diese Zustände im allgemeinen befriedigend sein. Daß dem nicht so ist, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Ganze 102 Schiffsätze liefen seitens der Arbeiterschaft bei der Fabrikinspektion über Mißstände in den Betrieben ein, davon 56 unmittelbar von Arbeitern und 47 von ihren Vertretern, Organisationen u. Zur mündlichen Verhandlung erschienen auch 77 Arbeiter, zumeist nur Vertreter der Organisationen. Unter diesen 77 Arbeitern, welche direkt mit der Fabrikinspektion in Verbindung traten, sind diejenigen, die in den auswärtigen Sprechstunden sich meldeten, miteingerechnet. Die Zahl der mit der Fabrikinspektion in Verbindung getretenen Arbeiter war eine größere, sie betrug 148, also beinahe doppelt so viel. Die Einschränkung der Sprechstunden und insbesondere die Befreiung der früher denselben vorhergegangenen Vorträge seitens der Beamten der Fabrikinspektion hat zu dieser bedauerlichen Verminderung der Zahl der Arbeiter, die sich direkt mit ihren Anliegen an die Fabrikinspektion wenden, zweifellos die Hauptursache. Die von dem jetzigen Leiter der Fabrikinspektion, H. durchgeführte Maßregel, zu welchen das Verbot der Abhaltung von ausführenden Vorträgen seitens der Beamten der Fabrikinspektion in erster Linie gehört, haben unter der Arbeiterschaft ein berechtigtes Mißtrauen hervorgerufen, das auch wohl mit seinem Teil dazu beigetragen hat, daß der direkte Verkehr mit der Fabrikinspektion ein so mangelhafter geworden sein, geblieben ist. Wir möchten bei dieser Gelegenheit an die Arbeiter und ihre resp. Organisationen zu wiederholten Malen das Ersuchen richten, den Klagen der Fabrikinspektion über den mangelhaften direkten Verkehr Gehör zu schenken. Irgendwelche Befürwortungen sind unbedeutend, da seitens der Fabrikinspektion vollste Dispositionen getroffen sind.

Die vorgebrachten Beschwerden erwiesen sich in ihrer Mehrzahl als begründet, wieder ein Beweis, daß leichtfertige und unbegründete Beschwerden doch nur in den allergeringsten Fällen erhoben werden. Wiederum muß der Bericht lobend hervorheben, daß die sachlichsten Beschwerden von den Arbeiterorganisationen eingereicht wurden. Das Material ist meistens gut geordnet. Insbesondere verweist der Bericht auf einen Schriftsatz des Verbandes der Buchdrucker, Gau Oberrhein, über Mißstände in einzelnen Betrieben. Mit Recht hebt der Bericht hervor, daß eine gewissenhafte Vorkaufsmaßnahme die Arbeit der Fabrikinspektion sehr wesentlich erleichtert, während das Gegenteil unnütze Schreibeereien und Reisen verursacht. Auf einen solchen Fall, wo ein Arbeitervertreter unter Verschweigen der ihm betrauten gegen die Berechtigten sprechenden Tatsachen die Fabrikinspektion beansprucht hat, weist der Bericht ausdrücklich hin und er bezeichnet ein solches Verhalten als nicht loyal. Wo die Arbeiter sich an ihre Organisationen

oder an die Arbeitersekretariate wenden, kann solches nicht leicht passieren, da von diesen Stellen jeweils eine Vorprüfung auf die Berechtigung der Beschwerden vorgenommen wird.

Die Fabrikinspektion untersucht auch an o n o m e Beschwerden, sofern sie sachlich gehalten sind, aber sie hebt mit Recht hervor, daß es wünschenswert ist, wenn die Beschwerdeführer ihren Namen unterzeichnen, da nicht der geringste Anlaß zu solcher Zurückhaltung vorliegt.

Politische Uebersicht.

r. Schnelle Reichstagsarbeit.

Der gemächliche Trott, in dem die Arbeit des Reichstags bisher fortgeschritten, hat sich unverfehens in ein Klugstempo verwandelt. Die umfangreichen Teile des Etats, die bisher den Reichstag noch nicht passiert haben, sollen nach einem Beschluß des Senatskomitees so eilig erledigt werden, daß der ganze Etat bis zum Beginn des neuen Budgetjahres, d. i. zum 1. April, fertiggestellt ist. Vom Mittwoch ab gerechnet, sind nur mehr vierzehn Sitzungstage zur Erledigung des Ganzen vorgesehen. Vier Tage davon sollen dem Etat des Auswärtigen und des Kolonialamts gewidmet sein (15.—18. März). Fünf Tage bleiben zur Erledigung des Militäretats offen (20.—24. März), auch für die Beratung der Hölle und Verbrauchssteuern ist ein Tag freigehalten. Drei weitere Sitzungstage wird die dritte Lesung erfordern.

Das ist wenig Zeit, sehr wenig Zeit im Verhältnis zu der Bedeutung der Gegenstände, um die es sich handeln wird. Die Beratung der auswärtigen Angelegenheiten wird durch die außerordentliche internationale Situation, die der Kolonialamt durch die südwestafrikanische Expedition, schließlich die des Militäretats durch die neue Militärvorlage stark belastet. Es würde besser der Würde des Reichstags entsprechen, wenn die parlamentarische Erledigung dieser bedeutenden Angelegenheiten, insbesondere der Militärvorlage, nicht die wichtige Entscheidungen zu treffen sind, über so übersät Anträge gebunden werden müßte, wie es nun tatsächlich geschieht.

Den Organen der deutschen Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit, insbesondere dem Zentrum, kann es freilich nur lieb sein, wenn sie über die unangenehmen Punkte, die noch zu erledigen sind, so rasch, wie nur irgend möglich, hinwegkommen. In Sachen der Militärvorlage hat das Zentrum seinen Umfall in größter Eile vollendet, es wird jetzt auch die Schlachtmetererei annehmen; es hat also allen Grund, das Recht der parlamentarischen Erörterungen möglichst zu scheuen. Zwar ist es vollkommen richtig, daß auch die ausgedehnten Debatten an dem schließlich Resultat der Abstimmung nichts zu ändern vermögen, darin liegt aber keine Rechtfertigung für die allzu rasche Beschlußfassung. Die Bedeutung des Parlamentarismus hat niemals in der unmöglichen Kunst bestanden, Abgeordnete, die durch ihr Programm oder Fraktionsbeschlüsse gebunden sind, durch die Kraft der Ueberredung umzustimmen; der Wert der Debatten liegt vielmehr darin, daß durch sie eine gewisse demokratische Kontrolle geschaffen wird, sie sind gewissermaßen ein konstitutives Verfahren, in dem das Volk das letzte Urteil spricht. Jede Beschleunigung einer wichtigen Debatte vermindert daher für die Massen die Gelegenheit, Einblick in die strittige Materie zu gewinnen und sich ihr eigenes Urteil zu bilden.

Gerade darauf aber läuft die Taktik aller Gegner der Demokratie in Deutschland hinaus. Der Reichstag wird so spät wie möglich einberufen,

seine gesetzgeberische Initiative so eng wie möglich unterbunden. Desio williger gewährt man breiten unferlosen Debatten Raum, in denen die Fraktionen ihre Wünsche zu unfruchtbaren Resolutionen formulieren und die Entfaltung eines energischen, stoffkräftigen Wehrbewillens ausgeschlossen ist. Daß sich der Reichstag so wochenlang über alle möglichen Gesetze unterhalten, die er nicht machen kann, dann wird schließlich die Reichstagsgeschwindigkeit in ein paar Tagen sind alle Gesetze erledigt, die der Reichstag nach dem Willen der Regierung annehmen muß.

Der Reichstagsleiter und die verbündeten Regierungen haben noch niemals Neigung gezeigt, irgend einen dringenden Wunsch des Reichstags binnen vierzehn Tagen oder überhaupt bis zu einem bestimmten Termine zu erfüllen. Wenn sich schon einmal im Reichstage irgend eine Wehrheit für eine bestimmte gesetzgeberische Anregung findet, so wird diese Anregung entweder völlig beiseite geschoben oder doch auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Umgekehrt aber muß der Reichstag die sogenannten „Staatsnotwendigkeiten“ bis zum angelegten Termin künstlich apportionieren.

Wenn man im Reichstage Ordnung halten und den Etat bis zum Beginn des neuen Jahres erledigen will, so ist dagegen im Prinzip nicht das Geringste einzuwenden.

Dann darf man sich aber nicht erst in den allerletzten Tagen an seine vermeintlichen gesetzgeberischen Pflichten erinnern. Dann muß man von allem Anfang an dafür sorgen, daß der Reichstag rechtzeitig eröffnet, der Etat so früh als möglich eingebracht und der Beratungsplan so gestaltet wird, daß für die wichtigsten Angelegenheiten auch die meiste Zeit zur Beratung übrig bleibt.

Die erste, nicht die einzige Voraussetzung für eine folgermaßen gestellte Reichstagsarbeit ist die Einführung von Vätern für die Reichstagsabgeordneten. Das hat der Reichstag längst erkannt, er hat aber nicht die Kraft, seinen Willen zur Tat umzusetzen. Und damit sind wir wieder am Anfang des alten Weides angelangt. Der Reichstag kann über die Gesetzesvorlagen der Regierung nicht ausgiebig beraten, weil er seine eigenen Vorlagen bei der Regierung nicht durchbringen kann. So bildet sich immer mehr zwischen den höheren Mächten und der Volksvertretung jener Zustand aus, den Herr v. Hammerstein im Landtage den Polen gegenüber proklamierte: „Wir haben zu befehlen, und Sie haben zu gehorchen.“ Der Reichstag gehört! In wenigen Tagen wird die Regierung alles haben, was sie braucht. Wann aber wird das Volk von dem vielen, das es braucht, etwas bekommen? Es kann warten!

Aus Baden.

Der „Bad. Beobachter“ drückt seine Verwunderung darüber aus, daß ein Landwirt als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wurde und meint, daß dieser Genosse wohl das sozialdemokratische Programm nicht kenne. Wenn die kleinen Landwirte einmal das sozialdemokratische Programm kennen und begreifen lernen, dürfte es dem Zentrum kaum noch gelingen, die kleinen Bauern zu einzufleischen, wie ihm das mit der Zolltarifvorlage gelungen ist. Den Sozialismus zu begreifen ist allerdings etwas schwerer, als das für bare Münze zu nehmen, was Hochwürden den Bauern vorsagt. Aber nur Geduld, Freunde! Vor 25 Jahren hat auch der größte Teil der Arbeiter das sozialdemokratische Programm noch nicht gekannt und nicht kennen wollen. Die Welt sieht

Arbeiter.
Roman von Alexander S. Stelander.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarau.

(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)
Aber als er fortgegangen war, warf Christine sich auf's Bett und meinte bitterlich: daß auch er so schlecht von ihr denken konnte!
Der arme Doktor zermarterte sein Gehirn mit tausend verworrenen Gedanken und zuletzt bildete er sich fest und fest ein, daß sie Alfred liebe.
Der Dienstmann, der sein Gepäck befragen sollte, konnte keinen ordentlichen Befehl erhalten. Es kamen einige Freunde, um Abschied von ihm zu nehmen; er trank Wein mit ihnen, sprach in den Tag hinein, sah bald den einen, bald den anderen an, ob er ihn um etwas fragen wollte und schweigend zuleist ganz. Die anderen aber lachten und erklärten, er liege an akutem Nervenleiden.
So verließ er die Stadt.
Einige Wochen später konnte der Minister den stillen Vorwurf, den er täglich im Auge seiner Gattin las, nicht länger ertragen; und als er an einem Vormittag mit Moh allein im Bureau war, sagte er: „Sie muß doch fort — Ihre Rechte.“
„Es tut mir leid, Herr Staatsrat“, aber —“
„Sagen Sie mir einmal, Moh, weshalb wollen Sie Sie hieraus befehlen?“
„Ja, sehen Sie, Herr Staatsrat, ich habe es all mein Leben so einlam gehabt — dem Minister ging ein Licht auf; er sah auf den kleinen Lächelnden Mann nieder und sagte unwillig: „Aber ich bitte Sie, Moh, woran denken Sie denn? — in Ihrem Alter — und außerdem —“
„Aber denn? Herr Staatsrat!“ fragte der Bote und sah von der Seite auf.
„Es ist ja ein unangenehmes Thema; wenn Sie aber selbst fragen, so — so sind Sie ja ein

paar mal — hm! ziemlich — frant gewesen, Moh!“
„Nur einmal; das andere mal war es nur eine Gesichtsröte.“
„Jaja! — ich mag mich nicht in Ihre Angelegenheiten einlassen! Aber mir scheint doch, daß Sie das Mädchen wegschicken könnten, wenn ich Sie darum bitte.“
„Der Herr Staatsrat dürfen durchaus nicht an meiner Ergebenheit und meinem absoluten Gehorham zweifeln“, erwiderte Andreas Moh und verbeugte sich tief; „ich denke aber, der Herr Staatsrat wüßte selber, wie stark dies Gefühl im Menschen ist und wie —“
Der Minister unterbrach ihn mit einer ungeduligen Gebärde. Er ging auf und nieder, aber er stieß die Fingerringe nicht gegeneinander. Wenn er ärgerlich und undiplomatisch war, steckte er die Hände in die Hosentaschen und rasselte mit den Schließen.
Minister Vennechen dachte an all den Verdruß, der ihm zu Hause bereitet werden würde, wenn Christine nicht fortkäme. Und ihm war nicht so bange vor der gelangten Oppositionspresse, wie vor seiner Gattin, wenn sie einen regulären Feldzug begann. Dann föderete sie überall umher und spürte jeden seiner Schritte an; und dabei konnte vieles an den Tag kommen, was wohl vermahrt und verborgen blieb, so lange das Verhältnis ein freundschaftliches und seine Frau guter Laune war.
Während er auf- und abging, machte sich Moh mit dem Osen zu schaffen und ließ sich gute Zeit.
Der Minister sah ihn von Zeit zu Zeit an und wie er nun alle Momente in dieser verdrießlichen Sache zusammenfaßte, kam er zu dem Schluß, daß eine Heirat zwischen Moh und seiner Rechte im Grunde genommen der beste Ausweg sei.
Ohne Zweifel würde Adelsheid dadurch bereinigt und zufriedengestellt werden, und das war die Hauptsache. Dann würde aber auch Moh ihm noch um so mehr verpflichtet werden. Ferner gehörte es durchaus nicht zu seinem Ressort, darauf

zu achten, daß die, welche eine Ehe schlossen, gesund seien.
Und endlich, wenn Moh sich verheiraten wollte, was ging's ihn an? — konnte er — der Minister — es ihm wohl verbieten?
Weshalb ging er hier denn eigentlich umher und ärgerte sich?
Der Minister stieß die Finger gegeneinander, indem er in dem gedanklichen Bureaun fragte: „Haben Sie mit Ihrer Rechte von einer solchen Verbindung gesprochen?“
„Direkt habe ich die Sache nicht berührt; ich wollte darin nichts vornehmen, bevor ich nicht die Einwilligung des Herrn Staatsrates eingeholt hätte.“
„Ach was, Einwilligung; es ist ja Ihre Privatsache, mit der ich nichts zu tun habe.“
„Ich würde mir niemals einen solchen Schritt erlauben haben, ohne erst —“
„Gut, gut!“ unterbrach ihn der Minister ärgerlich, wenn Sie glauben, daß das Mädchen will, so —“
„Ich danke tausendmal, Herr Staatsrat!“ versetzte Moh und wollte seine Hand ergreifen, „ich zweifle nicht daran, daß, wenn ich Ihre Einwilligung habe —“
„Ich will kein Wort mehr von der Sache hören, Moh, verstanden?“
Der Minister war jetzt so aufgebracht, daß Moh bloß dantbar lächelte und sich zurückzog.
Vennechen aber schüttelte den Kopf und stieß einen tiefen Seufzer aus nach diesem unangenehmen Austritt, ehe er sich an die Arbeit machte.
Am Abend sagte er zu seiner Gattin: „Liebe Adelsheid! Es tut mir leid, dir mitteilen zu müssen, daß Moh von seinem Voratz nicht abzubringen ist.“
„Nun denn, Daniel“, fuhr seine Gattin auf, „so fange ich wirklich an zu glauben, daß dieser Mensch dich auf irgend eine Weise in seiner Macht

„Nun, das will ich nicht gerade behaupten, hm!“
„Du bist doch ein feiner Mann!“ sagte die Frau Minister. „Lomm her zu mir, Daniel!“
(Fortsetzung folgt.)

*) Dies ist in Norwegen die Titulatur der Minister.

